

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn vom 1. bis 15. August 1923: 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 26.000 M., Einzelnummer 4000, — M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Reichsdruckerei von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 6000, — M., auswärts 6000, — M., die 8spaltige Nonpareilzeile 26.000, — M., auswärts 30.000, — M., Wahlart 20.000 u. 30.000 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 2000 M.

Nr. 180

Dresden, Sonnabend den 4. August 1923

34. Jahrg.

Kurpfuscherei oder Planmäßigkeit?!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in zweitägiger Beratung mit der politischen Lage beschäftigt. Die Resultate folgen weiter unten. Die Mehrheit der Fraktion hat sich auf eine Resolution verständigt, die sich gegen die Passivität der Regierung Cuno wendet, die die Durchführung der von uns vor einigen Tagen bekanntgegebenen sozialdemokratischen Forderungen, Umbau des Steuerwesens, Befreiung des Sachbesitzes verlangt und die weitere politische Haltung zur Regierung Cuno davon abhängig macht, ob diese Regierung unsere Forderungen verwirklichen will oder nicht. Wir können verstehen, warum die Mehrheit der Fraktion davon zurückgegriffen ist, Cuno sofort zu fügen. Sie will ihre Forderungen stellen und die weitere Verantwortung den bürgerlichen Parteien überlassen. Aber wir wollen, daß sich die Reichstagsfraktion über die kuppelnde Unfähigkeit derer, die bis heute im Berliner Kabinett den Schlaf des Gerechten schliefen, keiner Täuschung hingeben. Wie sich die Regierung auch zu unseren Forderungen stellen mag, die sozialdemokratische Anhängererschaft hat kein Vertrauen zu ihr und die bürgerlichen Parteien tun so, als ob...

Die Regierung Cuno ist heute bereits ein lebender Leichnam, und da man zu einem Leichnam kein Vertrauen haben kann, steht in den breiten Massen draußen jene Kraft, ohne die einschneidende Reformen und politische Anstrengungen, wie sie Deutschland in der gegenwärtigen Lage nötig hat, nicht gut durchzuführen sind. Für Deutschland kommt es heute darauf an, sich mit seinen letzten Kräften zum Widerstand gegen ein Schicksal aufzuwerfen, das es zu einem getreuen Abbild der Reichsregierung werden lassen möchte. Die deutsche Mark ist nicht mehr weit entfernt vom russischen Rubel, und Baldwin hat im englischen Unterhaus bereits so etwas angekündigt wie eine Finanzkontrolle, die die Entente über Deutschland zu verhängen gedenkt. Das wäre das Kuratell. Will das franke Deutschland nicht in Agonie übergehen und ebenfalls zu einem lebenden Leichnam werden, so kommt es um eine grundsätzliche Umstellung seiner Wirtschaft nicht herum. Steuern und Währungsreform sind gewiß dringende Aufgaben, die Beteiligung des Reiches an der Industrie ist ein Schritt zur Sozialisierung, aber diese Maßnahmen sind noch lange nicht alles, was in allerhöchster Eile zu ergreifen ist. Erfüllung unserer Reparationspflichten und Währungsreformen bleiben, wie wir hier wiederholt schon dargelegt haben, ohne eine Wendung zur planmäßigen Wirtschaft keine Mittel. Die Durchführung einer günstigeren Handelsbilanz, die Drosselung der Ländereinfuhr, die Steigerung unserer wirtschaftlichen Kräfte und ihre Einstellung auf die Produktion dessen, was von Deutschland und für Deutschland produziert werden muß, ist innerfall der gegenwärtig herrschenden Wirtschaftsmarkie nicht denkbar.

Die Genossen in unsern Reihen, die eine solche Umstellung vormalig gegenwärtig für zu schwer halten, um ihr Kreuz zu sein, sehen alles auf die Karte der Reparationsüberwindung. Sie argumentieren: Wenn durch den englischen Druck eine vernünftige Unterhandlung mit Frankreich möglich ist, können wir uns über die Reparationen verständigen; wenn wir uns über die Reparationskosten verständigt haben, ist eine Stabilisierung der Mark möglich; wenn die Mark stabilisiert ist, wird die deutsche Wirtschaft wieder gesund. In dieser Argumentation fallen die vielen „Wenn“ ins Auge. Auf die Gegenfrage: Was aber soll geschehen, wenn das große Wenn nicht eintritt? — müssen diese Genossen nachdenken, die Antwort schuldig bleiben. Wir aber besonnen demgegenüber, daß Deutschland ohne planmäßige Ordnung seiner Produktion, ohne seine Wirtschaft unter Kontrolle der Öffentlichkeit oder öffentlicher Körperschaften zu stellen, auch bei einer Verständigung über die Reparationsfragen, bei einer für uns verhältnismäßig günstigen Liquidierung des Reparationskredits fruchtlos bleibt, weil es aus zu viel Punkten blutet. Die Partei muß sich nicht bloß dazu aufraffen, mit der Politik des Wenn zu brechen und sich nicht mit Winkelforderungen zu begnügen. Evident man, die Sozialdemokratie habe die Kraft noch nicht, um die planmäßige Wirtschaft durchzuführen, das Problem sei zu groß, um von und allein bewältigt zu werden, so wollen wir das nicht ohne weiteres verwerfen. Aber seit wann haben wir uns nur für das eingesetzt, was wir allein und unmittelbar durchführen konnten? Reichen uns zu irgendwelchen großen Aufgaben die nötigen Kräfte, so haben wir darum zu werben, so haben wir unser Programm, unsere Vorschläge in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu rücken. Kurpfuscherei mißlen heute dem deutschen Volke nicht mehr und sich bei ihnen aufzuhalten, heißt leibbare Zeit zu verstreuen.

Die Partei würde viel gewinnen, wenn sie sich um tatsächliche Fragen die Köpfe weniger heiß machen und sich mehr auf das Wesentliche konzentrieren wollte. Gegenwärtig steht wieder einmal die Koalitionsfrage im Vordergrund. Niemand wird bestreiten, daß sie nach allen bisherigen Erfahrungen, die wir als Koalitionsgenossen bürgerlicher Parteien machen müssen, ungeschicklich ist. Ein Alibi ist jedoch die Meinung in der Richtung, daß wir auf keinen Fall in eine Koalition eintreten, nicht. Das empfinden selbst die Verfasser jener Gesetze von und der öffentlichen Weimarer Richtlinien; sie verlangen unter Punkt 5: „Abtötung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert.“ Das heißt, keine grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik, sondern nur bis zu jenem Zeitpunkt, da wir die entscheidende Macht haben. Hier ist die kuppelnde Stelle dieses Standpunktes. Denn wie erkennt man den Augenblick, da wir das Übergewicht in jeder Koalition haben? Und was, wenn über der Parteien, selbständigen proletarischen Politik, die die Regierungsgewalt an einen Parteien überläßt, die Hungersgefahr zur rettungslosen Katastrophe und Deutschland in seine Restanteile zerlegt wird? Die Genossen sollten sich darüber klar sein, daß wir nicht vor dieser Gefahr stehen. Uns erscheint also diese Politik durchaus nicht so klar; tagen sind wir der Meinung, daß die Partei heute schon die Kraft hat, Deutschlands Politik entscheidend zu bestimmen. Sie braucht nur ihre Kraft gesammelt und geballt in die Waagschale der Stunde zu werfen. Sie braucht sich nur mit Schwung an die Massen und mit der Kühnheit, die zu allen großen Dingen erforderlich ist, gegen die zaudernden bürgerlichen Parteien, gegen alle kapitalistischen Verbände zu wenden — und sie erlangt ein Maß von Macht innerhalb und außerhalb des Parlamentes, das ihr eine entscheidende Stellung im bürgerlichen Kabinett sichert.

Wir bringen heute einen Artikel des Genossen Crispian. Auch er lehnt die Koalition mit bürgerlichen Parteien ab, doch er hat immerhin den Mut, sich für die rein sozialistische Regierung einzusetzen. Wir würden freudig dazu ja sagen, wenn diese Lösung heute zu verwirklichen wäre, oder wenn es als besonders wünschenswert erschiene, daß die Sozialdemokratie für die Schwere der Stunde, die Regelung des Aufschusses, für alles, was uns die unmittelbare Zukunft bringt, allein die Verantwortung übernehme. Diegt es nicht näher, die bürgerlichen Parteien zu zwingen. Maßnahmen durchzuführen wie Währungsreform und Erfassung der Sachwerte, Maßnahmen, zu denen sich Teile von ihnen schon halb und halb bekannt haben? Verlangen die bürgerlichen Parteien auch unter unserem Druck und unter dem Zwang des historischen Augenblicks, so wären sie auch in den Augen der werktätigen Massen, die ihnen heute noch anhängen, gerichtet und in jedem Wahlkampf erledigt. Genosse Crispian läßt die Vision des Wahlkampfes aufleuchten. Aber ist das unter allen Umständen eine Lösung? Ein Wahlkampf erfordert zu seiner Durchführung mindestens acht Wochen. Bis eine neue Regierung zusammenläßt, verginge also mindestens ein Vierteljahr. Wer da glaubt, daß wir uns eine solche Zeitvergeudung noch gestatten, daß wir so lange die Pustekühe der Regierung Cuno ertragen können, der mag für den Wahlkampf eintreten. Er würde für uns preislos nützlich ausgehen, ob er uns jedoch die zu einer rein sozialistischen Regierung notwendige Mehrheit bringen würde, wäre eine andre Frage. Das heißt, wir könnten noch einwärtiger Beratung vor demselben Koalitionsproblem wie heute.

Ein entscheidender und sofortiger Ausbruch der Sozialdemokratie, energischer Kampf gegen den Schleichhandel der bürgerlichen Parteien ist notwendig. Hoffen wir, daß die sozialdemokratische Fraktion darüber am 8. August keinen Zweifel aufkommen läßt. Möglich, daß die bürgerlichen Parteien den lebenden Leichnam Cuno weiter zu galbanisieren suchen. Dann bliebe als Politik der nächsten Zeit entschiedener oppositioneller Druck von innen und von außen. Aber eben so gut ist es möglich, daß uns die Situation vor die Frage stellt: Eintritt in die Regierung oder weitere Heralassung der Regierungsgewalt den Parteien, die mehr kaum noch abzuwickeln können. Zwänge uns die Situation zum Eintritt in die Regierung, so läme alles an auf das Programm, die Männer und die Macht, mit der wir in die Koalition hineingehen und auf die Kraft und Energie, mit der wir das Banner einer radikalere Politik als der bisherigen emporhalten.

In jedem Falle heißt es für die Sozialdemokratie handeln und zwar rasch handeln. Konferenzen, Besprechungen in der Reichstagskammer, parlamentarische Unterhandlungen und Diskussionen hat das Volk seit bis an die Halsbinder!

England weich, Frankreich starr

Die Erklärung der englischen Regierung über die Antworten Frankreichs und Belgiens auf die englischen Reparationsvorschläge ist in den Londoner Telegrammen recht verschieden wiedergegeben worden, so daß kein ganz klarer Eindruck gewonnen werden kann. Die Besprechungen in der Presse, nicht nur in der deutschen, zeigen demgemäß ganz abweichende Auffassungen. Auch die Meldungen über die weiteren Reden der Regierungsmitglieder laufen verschieden. Es lohnt nicht, die vielen nachträglichen Ergänzungen zu veröffentlichen, da ja in nächster Zeit die gesamten Dokumente im Wortlaut bekannt gegeben werden. In welchen Punkten legt England dem französischen Parlament Forderungen entgegenkommen wird, um doch noch den Versuch einer gemeinsamen Antwort erfolgreich zu gestalten, wird dann leicht ersichtlich werden.

Inzwischen ist Herr Poincaré eifrig tätig, um seinen Standpunkt täglich der Öffentlichkeit einzupauken. In der Pariser Presse gibt die französische Regierung weiteres über ihre Antwort an England bekannt. Da ist von Bedeutung, daß die französischen Nachrichten starr zu dem berüchtigten Londoner Diktat stehen, das bekanntlich die von Deutschland zu zahlende Reparationssumme auf — 132 Milliarden Goldmark festsetzte. Herr Poincaré erklärt der englischen Regierung:

„Die französische Regierung kann sich keinem Vorschlag anschließen, der darauf abzielt, auf unsere neuen Gesamtbetrag der deutschen Schuld festzusetzen. Der Artikel 234 des Versailler Vertrages besagt, daß ein Nachlassen der Schuld nur mit Vereinbarung der Siegermächte, zu dem Frankreich niemals seine Zustimmung

Die Entscheidung der Fraktion

In zweitägigen Verhandlungen hat die sozialdemokratische Fraktion in eingehender Aussprache Stellung zu der inneren und äußeren Lage genommen. An den schwersten wirtschafts- und finanzpolitischen Verhältnissen der Regierung wurde schärfste Kritik geübt und auf die außerordentliche Erregung verwiesen, die weit über die Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten hinaus das deutsche Volk angesichts des rasenden Währungsverfalls, der durch den Lebensnotstand und der großen Schwierigkeiten bei der Lebensmittelförderung erfüllt. Von allen Rednern wurden bezogen die schnellsten wirksamen Maßnahmen gefordert. Die finanzpolitischen Forderungen des Fraktionsvorstandes fanden einstimmige Billigung, doch sei ihre restlose Erfüllung das dringende Gebot der Stunde. Das Ergebnis der Fraktionsberatungen fand seinen Niederschlag in der nachstehenden Resolution Herz, die mit großer Mehrheit angenommen wurde:

„Der drohende Zusammenbruch der inneren und äußeren Politik Deutschlands ist die Folge der Passivität der Reichsregierung auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet. Infolge ihrer Schwäche gegen den Widerstand der bürgerlichen Interessengruppen und der reaktionären nationalistischen Bewegungen. Durch den Währungsverfall ist die Reallohn großer Teile des Volkes bis zur Unmöglichkeit gesunken worden. Diese Zustände gefährden ebenso wie die sinnlosen Sabotageakte, die die Bevölkerung des Reichgebietes schwer schädigen, die Wehr der Gefahren, die den Bestand des Reiches von außen her bedrohen.

Die Fraktion fordert von der Reichsregierung die größte außenpolitische Aktivität, um unter Aufrechterhaltung der Einheit der Republik, unter Erhaltung des Meinlands beim Reich und der Festigung der Ruhr zur endgültigen Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen. In der energischen Verhinderung aller Sabotageakte und der radikalen Unterbindung der Rüstungen der illegalen Organisationen erblickt die Fraktion sowohl eine dringende innenpolitische, wie eine unbedingte außenpolitische Notwendigkeit.

Die Fraktion billigt die von dem Fraktionsvorstand der Reichsregierung unterbreiteten finanzpolitischen und währungs- politischen Forderungen. Sie stellen das mindeste dar, was zur Hemmung des Währungsverfalls erforderlich ist und müssen in der denkbar kürzesten Frist durchgeführt werden. Darüber hinausgehend und verlangt die Fraktion, daß diesen ersten provisorischen Maßnahmen sofort der Umbau des deutschen Steuer-

systems folgt und die Aufbringung der Reparationslasten durch die Belastung des Sachbesitzes gesichert wird. Die Fraktion fordert deshalb, daß die Maßnahmen zur Erfassung des Sachbesitzes in schnellster Weise zur Durchführung gelangen.

Die Fraktion erklärt, daß sie die ganze Kraft der Partei zur Erfüllung dieser Forderungen einsetzt und macht von dem Ergebnis dieser Anstrengungen ihre weitere politische Haltung gegenüber der Regierung Cuno abhängig.“

Abgelehnt wurde die Resolution Queffelec-Debi. Rosenfeld: „Die Fraktion hat zur Regierung Cuno nicht das Vertrauen, weder daß sie überhaupt willens und imstande ist, den Ruhrstift zu liquidieren, noch daß sie willens und imstande ist, von der Bourgeoisie die Mittel zu erlangen, die erforderlich sind, um bis zur Beendigung des Ruhrstreiks dessen finanzielle Lasten zu tragen und die aus ihm entstehende Not der Massen zu mildern. Sie wird daher bei der bevorstehenden Debatte im Reichstag der Regierung das Mißtrauen ausdrücken. Die Fraktion lehnt die große Koalition ab.“

Ferner wurde die Entschlieung Herz abgelehnt: 1. Die Fraktion tritt für ihre Forderungen und bereit sofortige Durchführung mit allen parlamentarischen Mitteln ein, auch — falls notwendig — mit einer Mißtrauensklärung, ohne Rücksicht auf das Verbleiben der Regierung. 2. Die Fraktion lehnt jeden Gedanken an unsern Eintritt in eine Regierung mit der großen Koalition ab.

Die Abstimmung hat danach ergeben, daß die große Mehrheit der anwesenden 120 Fraktionsmitglieder zur Zeit keinen Anlaß sah, über die Frage der Koalitionspolitik eine Entscheidung herbeizuführen. Wie der letzte Absch der angenommenen Entschlieung Herz erweist, erachtet es die Mehrheit der Fraktion als die dringende Aufgabe der nächsten Tage, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit sofort die Maßnahmen durchgeführt werden, die geeignet sind, die Inflation zu hemmen, unter deren zerstörenden Wirkungen die Arbeiterklasse und der Mittelstand so ungeschwer leiden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß sich u. a. auch mit einem Antrag Crispian: „Die Fraktion beantragt, der Parteivorstand wolle beschließen: vor einem endgültigen Beschluß der Fraktion über die Bildung einer großen Koalition ist ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen.“ — Der Antrag wurde abgelehnt. — Ein Antrag Vöbe, zu der Sonderkonferenz in Weimar Stellung zu nehmen, wurde auf Wunsch des Antragstellers bis zur nächsten Fraktionsung zurückgestellt.